

Konferenz

Frauenquote zunehmend Thema in Kommunen

zwd Berlin (nk). Unter dem Motto „Starke Kommunen brauchen starke Frauen“ haben am 20. April in Berlin zivilgesellschaftliche und politische AkteurInnen über Möglichkeiten zur Frauenförderung in der Kommunalpolitik diskutiert. Die Mehrheit der Teilnehmenden war sich darin einig, dass der Einstieg für Frauen in die männerdominierten Stadt- und Gemeinderäte ohne Fördermaßnahmen schwierig sei. Auch der Frauenanteil von 25 Prozent könne in kommunalen Führungspositionen nur mit der Einführung einer Frauenquote nachhaltig erhöht werden, bekräftigte Marlies Brouwers, Vorsitzende des Deutschen Frauenrates, auf der Tagung, zu der das Bundesfrauenministerium eingeladen hatte.

Kommunen öffnen sich für Frauen

Einstimmigkeit bestand auch darüber, dass sich trotz erheblicher Mängel in der Frauenförderung auf kommunalpolitischer Ebene eine fortschrittliche Bewegung abzeichnet. Ulrich Borchert, Vorsitzender des Caritasverbandes für den Kreis Gütersloh, verwies darauf, dass in seinem Verband die Einführung einer Frauenquote von 50 Prozent diskutiert werde. Zudem plane der Caritasverband die Einrichtung von Personalpools und Trainee-Programmen, um Frauen auf Tätigkeiten in Entscheidungspositionen vorzubereiten.

Auch Eva Maria Welskop-Deffaa, Abteilungsleiterin im Bundesfrauenministerium, wusste von positiven Entwicklungen auf kommunaler Ebene zu berichten. Hier ginge Angelika Niebler, Vorsitzende der bayerischen CSU-Frauenunion, unterstützt vom CSU-Parteivorsitzenden Horst Seehofer, mit gutem Beispiel voran. „Wer hätte noch vor wenigen Jahren gedacht“, fragte Welskop-Deffa die ZuhörerInnen, „dass derzeit in der CSU über die Einführung einer 40-Prozent-Quote ernsthaft beraten wird?“ Welskop-Deffa bezog sich damit auf die Bestrebung von Niebler, für die CSU-Entscheidungspositionen eine Frauenquote von 40 Prozent einzuführen, von der auch Frauen auf kommunalpolitischer Ebene profitieren würden.

Wettbewerb um ehrenamtliche Positionen

Nach Erfahrungen des Caritaskreisvorsitzenden sind wesentlich mehr Frauen für ehrenamtliche Tätigkeiten zu gewinnen als für Entscheidungspositionen. Während Frauen vor Führungspositionen eher zurückschreckten, fände um die Besetzung ehrenamtlicher Positionen ein regel-

rechter Wettbewerb statt, erklärte Borchert. Verena Göppert, Beigeordnete des Deutschen Städtetages, betonte, dass Frauen nicht weniger qualifiziert seien als Männer. Es sei vielmehr die allgemeine Politikverdrossenheit, die Frauen davon abhalte, sich für kommunale Führungspositionen zu bewerben. Daher sei es wichtig, ihnen aufzuzeigen, welche Entscheidungs- und Gestaltungsmöglichkeiten sich bereits auf kommunaler Ebene eröffnen.

Mit Blick auf das starke ehrenamtliche Engagement ergänzte Welskop-Deffaa, dass nicht der Trugschluss gezogen werden dürfe, qualifizierte Frauen seien unter allen Bedingungen bereit, ein ehrenamtliches Amt zu bekleiden. Im Gegenteil, Frauen würden genau aussuchen, für welche Dinge sie ihre Zeit opfern. Eine zeitgemäße Engagementförderung zeichnet sich für Welskop-Deffaa insbesondere durch die Bereitstellung von strukturell günstigen Rahmenbedingungen aus, die gewährleisten, dass auch



Ulrich Borchert, Verena Göppert, Helga Lukoschat (Moderatorin), Eva Maria Welskop-Deffaa, Marlies Brouwers

zeitbegrenzte Bemühungen nicht im Sande verlaufen. Gerade die Verlässlichkeit darüber, dass Projekte auch nach Beendigung einer ehrenamtlichen Tätigkeit erhalten und im Idealfall weiterentwickelt werden, motiviere gut ausgebildete Frauen, ihren Erfahrungsschatz und ihre begrenzte Zeit einzubringen.

Neue Studie Politisches Engagement vor Ort

Die Studie „Engagiert vor Ort – Einstiegswege und Erfahrungen von Kommunalpolitikerinnen“ liefert einen aktuellen Überblick zu soziodemografischen Daten von Kommunalpolitikerinnen. Ferner richtet sich die Studie mit Handlungsempfehlungen an die Verantwortlichen für kommunalpolitische Ämter und diskutiert, wie der Frauenanteil in der Kommunalpolitik nachhaltig erhöht werden kann.



Die Studie unter: www.frauen-macht-kommune.de

Bezug zu Bergisch Gladbach

Unter den 62 Mitgliedern des Rates der Stadt Bergisch Gladbach sind 18 Frauen (29 %).

Diese verteilen sich folgendermaßen auf die einzelnen Fraktionen:

CDU: 7 Frauen (28 %), SPD: 5 Frauen (31 %),

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: 3 Frauen (37,5 %), FDP: 3 Frauen (50 %)

DIE LINKE. (mit BfBB): keine Frauen, KIDinitiative: keine Frauen,

Freie Wähler Bergisch Gladbach: keine Frauen

Frauenquote in Unternehmen

Druck nach oben

VON JUTTA MAIER

KSTA-POLITIK@MDS.DE

Die Justizminister der Länder wollen nicht mehr länger darauf warten, dass sich die Unternehmen freiwillig mehr Frauen in Führungspositionen verordnen. Zu Recht verweisen sie darauf, dass die im Jahr 2001 mit der Wirtschaft vereinbarte Selbstverpflichtung so gut wie nichts bewirkt hat. Drei Prozent Frauen in den Vorständen börsennotierter Unternehmen, rund neun Prozent in den Aufsichtsräten – die Zahlen sind kläglich.

Dass ein Gesetz rechtlich möglich ist, hat die Bundesjustizministerin bereits deutlich gemacht. Trotzdem will sie den Unternehmen die letzte Chance und erheblich mehr Zeit geben, freiwillig für mehr Frauen in den Chefetagen zu sorgen: Sie sollen den verschärften Regeln des Corporate-Governance-Kodex für gute Unternehmensführung folgen.

Die Betriebe sollen Frauen bei der Besetzung von Führungspositionen „angemessen“ berücksichtigen, heißt es darin. Ob die Wirtschaft die Drohung der Ministerin ernst nimmt, wird sich allerdings erst 2013 zeigen. Dann werden in einer ganzen Reihe von Firmen neue Aufsichtsräte gewählt.

Dass mehr Frauen in die Führungsetagen gehören, steht außer Frage. Das Argument der Ministerin gegen eine Quote ist jedoch nicht ganz unberechtigt: Sie ist starr und würde Industrieunternehmen, in denen hauptsächlich männliche Ingenieure arbeiten, große Probleme bereiten. Für kleinere Firmen muss man ohnehin über andere Lösungen nachdenken. Zum Beispiel: Man könnte Unternehmen, die Frauen entsprechend fördern, bei der Vergabe öffentlicher Aufträge bevorzugen.

SME01A/3

KStA, 25.06.2010

Bezug zu Bergisch Gladbach

Die Stadtverwaltung hat drei Wahlbeamte, keine Wahlbeamtin. Von den acht Fachbereichsleitungen der Stadtverwaltung wird eine von einer Frau ausgeübt. Bei den restlichen Führungspositionen sind Frauen mit einer Quote von 30 % vertreten.

Firmen entdecken die Familie

Familienbewusste Personalpolitik sehen Arbeitgeber als Erfolgsfaktor

Von ANJA WOLLSCHLÄGER

KÖLN/BONN. Teilzeit, Pflegezeit und ein Betriebskindergarten – alles Stichworte, mit denen sich Unternehmen familienbewusst zeigen wollen. Bundesfamilienministerin Kristina Schröder sieht die Initiativen gern und behauptet, dass sich Familienfreundlichkeit am Arbeitsplatz auch für den Betrieb auszahlt. Auf den Cent genau lässt sich das wohl in kaum einem Betrieb ausrechnen, denn es geht auch um Faktoren wie Zufriedenheit, Motivation und die Fluktuationsrate der Mitarbeiter.

In der Kölner Rewe-Zentrale ist man vom Nutzen überzeugt. „Motivierte und engagierte Mitarbeiter erzielen bessere Arbeitsergebnisse und erhöhen die Produktivität des Unternehmens“, sagt Sprecherin Juha Robertz.

Bundesweit sind es 850 Unternehmen und Institutionen, die ihre familienbewusste Personalpolitik vom Audit „berufundfamilie“ haben zertifizieren lassen, darunter auch Daimler, RWE, BASE, Metro und Siemens. Die meisten Zertifikate in der Region gingen an nichtkommerzielle Arbeitgeber, allen voran die Bundesministerien. Nicht auf der Liste zu finden sind die drei Bonner Konzerne Telekom, Post und Postbank.

Bei der Telekom in Bonn verzichtet man auf das Zertifikat, weil die Durchführung eines solchen Audits immer mit einem enormen Aufwand verbunden sei, erklärt Sprecher Dennis Dennert für den Konzern. Lediglich ein Ausbil-



Immer noch eine Seltenheit: Im Betriebskindergarten können Mitarbeiter ihren Nachwuchs abgeben. Von zufriedenen Beschäftigten profitieren auch die Unternehmen. (Foto: dpa)

dungszentrum in Essen hat teilgenommen. Er fügt eine lange Liste von Maßnahmen zur Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben bei. Auch bei der Post mangelt es laut Sprecher Dieter Pietruck nicht an Familienbewusstsein, jedoch sei dieses Audit bisher nicht auf weltweit tätige Konzerne ausgelegt.

Familienbewusstsein werde auch durch die absehbare Entwicklung der Demografie immer wichtiger. Carina Nillies von der IHK Bonn/Rhein-Sieg nimmt auch das Wort Fachkräftemangel in den Mund,

wenn sie an die Zukunft denkt. Das komme inzwischen auch bei den Unternehmen an, jedoch seien in der Region rund 60 Prozent der Unternehmen kleine und Kleinstunternehmen. Wo der Chef selbst mit anpackt, habe man oft andere Nöte. Stefan Becker, Geschäftsführer der „berufundfamilie GmbH“, hält dagegen: „Es geht nicht nur darum, Leute zu bekommen, die man sonst nicht bekommen würde. Kleine Unternehmen sind besonders auch auf Kundenbindung angewiesen.“

Sie könnten auch durch eine

höhere Zufriedenheit bei den Mitarbeitern punkten, wenn das Gehalt auch nicht so üppig ist. Aus der Praxis spricht Katrin Peplinski, Gleichstellungsbeauftragte der Kölner Ergo Versicherungsgruppe (Victoria, DAS, DKV, Hamburg-Mannheimer). Sie hat schon Bewerbungen von gut ausgebildeten Menschen gesehen, in denen speziell auf die Familienfreundlichkeit Bezug genommen wurde.

Bei Ergo sind knapp zwei Drittel der Beschäftigten Frauen. Gut ein Viertel der Belegschaft arbeitet in Teilzeit. Wie

bei fast allen zertifizierten Unternehmen richtet sich das Familienengagement zunächst an junge Familien. Mütter sollen dem Betrieb möglichst weiter erhalten bleiben und werden mit Tagesmutter, Kita und Notbetreuung versorgt. Gleichstellungsbeauftragte Peplinski sagt: „Der Krankenstand der Mütter in Teilzeit tendiert gegen Null.“ Väter nutzen bei Ergo gern Angebote wie die Umwandlung von Urlaubs- und Weihnachtsgeld in Freizeit. Sie decken auf diese Weise die Schulferien ihrer Kinder ab.

BLZ, 23.06.2010

Bezug zu Bergisch Gladbach

Leider liegen dem Frauenbüro – trotz Anfrage beim Audit „berufundfamilie“ keine Informationen über die Zertifizierung Bergisch Gladbacher Betriebe vor.

Antidiskriminierungsstelle erweitert ihr Informationsangebot

Die Antidiskriminierungsstelle des Bundes (ADS) mit Sitz in Berlin berät und unterstützt Menschen, die aufgrund ihrer ethnischen Herkunft, ihres Geschlechts, ihrer Religion oder Weltanschauung, einer Behinderung, ihres Alters oder ihrer sexuellen Identität benachteiligt werden. Aktuell hat die ADS ihr Informationsangebot erweitert: Ein vier bis sechs Mal im Jahr erscheinender Newsletter bietet einen Überblick über die einschlägige Rechtsprechung sowie aktuelle Projekte der Antidiskriminierungsstelle. Fortlaufend werden hier anonymisierte Fälle aus der Beratungsarbeit vorgestellt. Das Spektrum reicht von Altersdiskriminierung beim Verkauf von Flugtickets bis hin zur abgelehnten Verlängerung eines befristeten Arbeitsvertrages wegen einer Schwangerschaft. Ausgewählte Entscheidungen deutscher Gerichte zum Antidiskriminierungsrecht werden zukünftig in einer Sammlung zusammengefasst und laufend fortgeschrieben. Neu ist auch die türkische Ausgabe des Wegweisers durch das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz.

Weitere Informationen finden Sie unter www.frauenrww.de.

Newsletter „Wir Frauen in Nordrhein-Westfalen“ 2/2010
www.frauenrww.de

Bezug zu Bergisch Gladbach:

Alle Personen und Organisationen haben das Recht, die Antidiskriminierungsstelle einzuschalten, wenn der Verdacht der Diskriminierung wegen des Geschlechts, der ethnischen Herkunft, der Religion oder Weltanschauung, einer Behinderung oder der sexuellen Identität besteht. Auch Fragen zum AGG werden beantwortet.

Elternbrief zum Thema Zwangsheirat

Im Auftrag der Landesregierung hat der Arbeitskreis Neue Erziehung e. V. einen Elternbrief zum Thema Zwangsheirat entwickelt. Er liegt in fünf Sprachen - in Deutsch und jeweils in Türkisch, Kurdisch, Arabisch, Albanisch und Englisch - vor. Zielgruppen sind Fachleute sowie Multiplikatorinnen und Multiplikatoren, aber auch Eltern. An Mütter und Väter appelliert er, bei all ihren Entscheidungen dem Wohl der Kinder oberste Priorität einzuräumen und wirbt für Verständnis, Toleranz und elterliches Vertrauen. Potenzielle Opfer werden darin bestärkt, selbstbewusst für ihre Rechte einzutreten. Dieser Elternbrief ist als Schreiben einer jungen Frau an ihre Eltern gestaltet. Sie versucht ihnen darin zu erklären, warum sie von Zuhause fortgelaufen ist, als sie mit dem Sohn des Cousins ihres Vaters verheiratet werden sollte. Nachdem sie ihren eigenen Weg gefunden hat, wünscht sie sich sehnlichst wieder Kontakt mit ihrer Familie.

Weitere Informationen finden Sie auf www.frauenrww.de.

Newsletter „Wir Frauen in Nordrhein-Westfalen“ 2/2010
www.frauenrww.de

Bezug zu Bergisch Gladbach:

Der Elternbrief wurde allen weiterführenden Schulen in Bergisch Gladbach angeboten. Drei Schulen nahmen das Angebot an.

Berufsstand der freiberuflichen Hebammen gefährdet

Der Petitionsausschuss des Bundestages hat sich am 28. Juni mit einer Petition des Deutschen Hebammenverbandes befasst. Fast 200.000 Unterschriften hatten die Hebammen gegen eine massive Erhöhung ihrer Haftpflichtprämien und eine unzureichende Vergütung gesammelt. Freiberufliche Hebammen sollen vom 1. Juli 2010 an 3.689 Euro im Jahr für eine Haftpflichtversicherung zahlen. Zuvor waren es 2.370 Euro jährlich. Bei einem durchschnittlichen Stundenlohn von 7,50 Euro netto wird diese finanzielle Situation viele Hebammen zum Aufgeben der Geburtshilfe zwingen, so der Hebammenverband. Als Folge könnten die flächendeckende Versorgung ebenso wie die Wahlfreiheit der werdenden Mütter, wo und wie sie ihr Kind gebären möchten, nicht mehr sichergestellt werden. Im Petitionsausschuss äußerte der parlamentarische Staatssekretär im Bundesgesundheitsministerium Daniel Bahr die Hoffnung, dass bei den aktuellen Vergütungsverhandlungen zwischen Krankenkassen und Hebammen eine akzeptable Lösung gefunden wird. Der Deutsche Hebammenverband forderte dagegen einen "steuerfinanzierten Fonds für Heilberufe". Geburt und Schwangerschaft seien schließlich "keine Krankheiten", sagte die Präsidentin des Hebammenverbandes Martina Klenk. Daher sollten nicht die Krankenkassen für die Leistungen einer Hebamme aufkommen.

Weitere Informationen finden Sie auf www.frauenrhw.de.

Newsletter „Wir Frauen in Nordrhein-Westfalen“ 2/2010
www.frauenrhw.de

Bezug zu Bergisch Gladbach:

Ob die Versorgung mit Hebammen auch in Bergisch Gladbach gefährdet ist, ist zum jetzigen Zeitpunkt nicht einschätzbar.